

Änderungsantrag 17

Gunnar Beck, Markus Buchheit, Roman Haider, Laura Huhtasaari, Gilles Lebreton
im Namen der ID-Fraktion

Bericht**A9-0117/2020****Kati Piri, Christophe Hansen**

Empfehlung des Europäischen Parlaments für die Verhandlungen über eine neue Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland (2020/2023(INI))

Vorschlag für eine Empfehlung**Ziffer 71***Vorschlag für eine Empfehlung**Geänderter Text*

71. ***stellt mit Bedauern fest***, dass das Vereinigte Königreich beschlossen hat, dass der Grundsatz der Freizügigkeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich nach dem Übergangszeitraum keine Anwendung mehr findet; ***fordert nachdrücklich, dass die künftige Partnerschaft ehrgeizige Bestimmungen über den Personenverkehr umfasst, die auf uneingeschränkter Gegenseitigkeit und Nichtdiskriminierung zwischen den Mitgliedstaaten beruhen; weist erneut darauf hin, dass der Zugang des Vereinigten Königreichs zum Binnenmarkt in einem angemessenen Verhältnis zu den Verpflichtungen stehen muss, die bezüglich der Erleichterung der Mobilität der Menschen eingegangen wurden; betont, dass die künftige Grenzübertrittsregelung kein mit einem hohen administrativen oder finanziellen Aufwand einhergehendes Hindernis schaffen sollte;***

71. ***nimmt zur Kenntnis***, dass das Vereinigte Königreich beschlossen hat, dass der Grundsatz der Freizügigkeit zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich nach dem Übergangszeitraum keine Anwendung mehr findet; ***weist darauf hin, dass die Migrationspolitik in den Zuständigkeitsbereich der gerade wiederhergestellten politischen Souveränität des Vereinigten Königreichs fällt;***

Or. en

16.6.2020

A9-0117/18

Änderungsantrag 18

Gunnar Beck, Markus Buchheit, Roman Haider, Laura Huhtasaari, Gilles Lebreton
im Namen der ID-Fraktion

Bericht

A9-0117/2020

Kati Piri, Christophe Hansen

Empfehlung des Europäischen Parlaments für die Verhandlungen über eine neue Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland (2020/2023(INI))

Vorschlag für eine Empfehlung

Ziffer 91

Vorschlag für eine Empfehlung

91. besteht darauf, dass *sich das Vereinigte Königreich nicht nach Belieben aussuchen kann, welche Elemente des EU-Asyl- und Migrationsrechts es beibehalten möchte;*

Geänderter Text

91. besteht darauf, dass *die EU den souveränen Entscheidungen des Vereinigten Königreichs im Hinblick auf die Asyl- und die Migrationspolitik gebührenden Respekt zollt;*

Or. en

16.6.2020

A9-0117/19

Änderungsantrag 19

Gunnar Beck, Markus Buchheit, Roman Haider, Laura Huhtasaari, Marco Campomenosi, Gilles Lebreton

im Namen der ID-Fraktion

Bericht

A9-0117/2020

Kati Piri, Christophe Hansen

Empfehlung des Europäischen Parlaments für die Verhandlungen über eine neue Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland (2020/2023(INI))

Vorschlag für eine Empfehlung

Erwägung F

Vorschlag für eine Empfehlung

F. in der Erwägung, dass ***das künftige Abkommen in einen allgemeinen Steuerungsrahmen eingebettet sein sollte und dass der Gerichtshof der EU (EuGH) das einzige Gremium sein sollte, das für die Auslegung des EU-Rechts zuständig ist;***

Geänderter Text

F. in der Erwägung, dass ***es nicht angemessen ist, Länder, und schon gar nicht ein nun souveränes Drittland wie das Vereinigte Königreich, zu ersuchen, sich der Rechtsprechung eines Gerichts wie des Gerichtshofs der EU (EuGH) zu beugen, das sogar das höchste Gericht eines Mitgliedstaats der EU, nämlich das Bundesverfassungsgericht Deutschlands, in seinem vor kurzem ergangenen Urteil im Zusammenhang mit der EZB kritisierte, weil es dazu neige, seinem eigenen methodologischen Ansatz „zu widersprechen“, wenn dies zweckmäßig sei, weil es den auf dem EU-Vertrag beruhenden Grundsatz der begrenzten Einzelermächtigung nicht achte und weil es seine eigene Rechtsprechung fast nach Belieben missachte;***

Or. en

16.6.2020

A9-0117/20

Änderungsantrag 20

Markus Buchheit, Marco Campomenosi, Roman Haider, Thierry Mariani, Jérôme Rivière, Gilles Lebreton
im Namen der ID-Fraktion

Bericht

A9-0117/2020

Kati Piri, Christophe Hansen

Empfehlung des Europäischen Parlaments für die Verhandlungen über eine neue Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland (2020/2023(INI))

Vorschlag für eine Empfehlung

Ziffer 3 a (neu)

Vorschlag für eine Empfehlung

Geänderter Text

3a. stellt mit großer Besorgnis fest, dass der Ansatz der Kommission in Bezug auf den Verhandlungsprozess die Interessen der europäischen Unternehmen gefährdet, indem sie in voreingenommener Weise das Vereinigte Königreich für seine souveräne Entscheidung, aus der Europäischen Union auszutreten, bestrafen will, anstatt sich von den Interessen des europäischen Marktes, der europäischen Exporteure und Investoren und den globalen Wirtschaftsinteressen der EU-Mitgliedstaaten leiten zu lassen;

Or. en

16.6.2020

A9-0117/21

Änderungsantrag 21

Markus Buchheit, Marco Campomenosi, Roman Haider, Thierry Mariani, Jérôme Rivière, Gilles Lebreton
im Namen der ID-Fraktion

Bericht

A9-0117/2020

Kati Piri, Christophe Hansen

Empfehlung des Europäischen Parlaments für die Verhandlungen über eine neue Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland (2020/2023(INI))

Vorschlag für eine Empfehlung

Ziffer 31 a (neu)

Vorschlag für eine Empfehlung

Geänderter Text

31a. betont, dass das Vereinigte Königreich ein zentraler Wirtschaftspartner der EU-Mitgliedstaaten ist; weist darauf hin, dass viele EU-Mitgliedstaaten Nettoexporteure in das Vereinigte Königreich sind und dass es eine Priorität sein sollte, eine Lösung zu finden, die alle Parteien zufriedenstellt, damit gewährleistet ist, dass die Interessen der Exporteure und Investoren der EU geachtet und geschützt werden; unterstreicht die Bedeutung und die Vorteile der Integration der Märkte sowie die geografische Nähe, die zu einem besseren Marktzugang für KMU, geringeren Kosten und geringeren ökologischen Auswirkungen durch den Transport von Waren führt;

Or. en

Änderungsantrag 22

Markus Buchheit, Marco Campomenosi, France Jamet, Thierry Mariani, Jérôme Rivière, Gilles Lebreton
im Namen der ID-Fraktion

Bericht**A9-0117/2020****Kati Piri, Christophe Hansen**

Empfehlung des Europäischen Parlaments für die Verhandlungen über eine neue Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland (2020/2023(INI))

Vorschlag für eine Empfehlung**Ziffer 32***Vorschlag für eine Empfehlung**Geänderter Text*

32. nimmt zur Kenntnis, dass das Vereinigte Königreich beschlossen hat, seine künftige Wirtschafts- und Handelspartnerschaft mit der EU auf einem „umfassenden Freihandelsabkommen“ zu begründen, wie es in dem von der Regierung des Vereinigten Königreichs am 27. Februar 2020 veröffentlichten Dokument mit dem Titel „The Future Relationship with the EU – The UK Approach to negotiations“ (Die künftige Beziehung zu der EU – der Ansatz des Vereinigten Königreichs für die Verhandlungen) vorgesehen ist; betont, dass das Parlament zwar die konstruktive Aushandlung eines ausgewogenen, ambitionierten und umfassenden Freihandelsabkommens mit dem Vereinigten Königreich durch die EU unterstützt, ein Freihandelsabkommen jedoch naturgemäß niemals mit einem „reibunglosen“ Handel gleichwertig sein kann; teilt den in den von den 27 Mitgliedstaaten gemeinsam verabschiedeten Verhandlungsrichtlinien vertretenen Standpunkt, wonach Umfang und Ehrgeiz eines Freihandelsabkommens, dem die EU zustimmen würde, davon abhängen, dass das Vereinigte Königreich angesichts der Größe, der geografischen

32. nimmt zur Kenntnis, dass das Vereinigte Königreich beschlossen hat, seine künftige Wirtschafts- und Handelspartnerschaft mit der EU auf einem „umfassenden Freihandelsabkommen“ zu begründen, wie es in dem von der Regierung des Vereinigten Königreichs am 27. Februar 2020 veröffentlichten Dokument mit dem Titel „The Future Relationship with the EU – The UK Approach to negotiations“ (Die künftige Beziehung zu der EU – der Ansatz des Vereinigten Königreichs für die Verhandlungen) vorgesehen ist; betont, dass das Parlament zwar die konstruktive Aushandlung eines ausgewogenen, ambitionierten und umfassenden Freihandelsabkommens mit dem Vereinigten Königreich durch die EU unterstützt, ein Freihandelsabkommen jedoch naturgemäß niemals mit einem „reibunglosen“ Handel gleichwertig sein kann; teilt den in den von den 27 Mitgliedstaaten gemeinsam verabschiedeten Verhandlungsrichtlinien vertretenen Standpunkt, wonach Umfang und Ehrgeiz eines Freihandelsabkommens, dem die EU zustimmen würde, davon abhängen, dass das Vereinigte Königreich angesichts der Größe, der geografischen

Nähe, der gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeit und Verflechtung und der Integration der Märkte umfassenden, verbindlichen und durchsetzbaren Bestimmungen über gleiche Wettbewerbsbedingungen sowie dem Abschluss eines bilateralen Fischereiabkommens als integraler Bestandteil der Partnerschaft zustimmt, und dass dies in direktem Zusammenhang steht; bekräftigt, dass kein Handelsabkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich geschlossen werden kann, wenn dies kein vollständiges, nachhaltiges, ausgewogenes und langfristiges Fischereiabkommen umfasst, **das den fortwährenden Zugang zu Gewässern, Ressourcen und Märkten unter optimalen Bedingungen gemäß den Grundsätzen der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) aufrechterhält und** vor dem Ende des Übergangszeitraums verabschiedet wird;

Nähe, der gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeit und Verflechtung und der Integration der Märkte umfassenden, verbindlichen und durchsetzbaren Bestimmungen über gleiche Wettbewerbsbedingungen sowie dem Abschluss eines bilateralen Fischereiabkommens als integraler Bestandteil der Partnerschaft zustimmt, und dass dies in direktem Zusammenhang steht; bekräftigt, dass kein Handelsabkommen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich geschlossen werden kann, wenn dies kein vollständiges, nachhaltiges, ausgewogenes und langfristiges Fischereiabkommen umfasst, **indem der bestehende gegenseitige Zugang zu Gewässern und Fischereiresourcen aufrechterhalten wird, um die bestehenden Fischereitätigkeiten, Ressourcen und Märkte aufrechtzuerhalten, das** vor dem Ende des Übergangszeitraums verabschiedet wird;

Or. en

16.6.2020

A9-0117/23

Änderungsantrag 23

Markus Buchheit, Marco Campomenosi, Roman Haider, Thierry Mariani, Jérôme Rivière, Gilles Lebreton
im Namen der ID-Fraktion

Bericht

A9-0117/2020

Kati Piri, Christophe Hansen

Empfehlung des Europäischen Parlaments für die Verhandlungen über eine neue Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland (2020/2023(INI))

Vorschlag für eine Empfehlung

Ziffer 32 a (neu)

Vorschlag für eine Empfehlung

Geänderter Text

32a. betont, dass die Voraussetzungen und Vorrechte, die die Kommission vom Vereinigten Königreich verlangt, um vieles strikter sind als jene, die in der Vergangenheit von anderen Partnerländern im Zusammenhang mit dem Abschluss von Handelsabkommen verlangt wurden; stellt mit großem Bedauern fest, dass die Kommission versucht, das Vereinigte Königreich zu bestrafen, indem sie strengere Anforderungen an das Vereinigte Königreich stellt, etwa dass es die Rechtsvorschriften der EU integriert, was in den jüngsten Handelsabkommen, die mit Kanada, Vietnam oder Singapur unterzeichnet wurden, nie gefordert wurde;

Or. en

Änderungsantrag 24

Markus Buchheit, Marco Campomenosi, Roman Haider, Thierry Mariani, Jérôme Rivière, Gilles Lebreton
im Namen der ID-Fraktion

Bericht**A9-0117/2020****Kati Piri, Christophe Hansen**

Empfehlung des Europäischen Parlaments für die Verhandlungen über eine neue Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland (2020/2023(INI))

Vorschlag für eine Empfehlung**Ziffer 35***Vorschlag für eine Empfehlung**Geänderter Text*

35. weist darauf hin, dass ein anhaltendes gemeinsames Engagement für das Ziel von Nullkontingenten und Nullzollsätzen weiterhin eine wesentliche Bedingung für den rechtzeitigen Abschluss eines Abkommens innerhalb des extrem engen Zeitrahmens ist, den das Vereinigte Königreich selbst für diese Verhandlungen vorgegeben hat, insbesondere, da frühere Erfahrungen eindeutig belegen, dass Verhandlungen, in denen jede Tariflinie einzeln diskutiert wird, mehrere Jahre dauern können; ist besorgt über die Absicht der Regierung des Vereinigten Königreichs, von diesem Ziel abzurücken; hebt hervor, dass landwirtschaftliche Erzeugnisse wahrscheinlich am stärksten betroffen wären, da die verbleibenden Tarifpositionen ohne Nullzölle in Freihandelsabkommen in der Regel diesen Sektor betreffen; bekräftigt in diesem Zusammenhang, dass die EU von ihrer Forderung nach soliden gleichen Wettbewerbsbedingungen nicht ablassen wird, unabhängig davon, ob alle oder nur einige Zolltarifpositionen gestrichen werden; bekräftigt, dass durch die Vorschriften über gleiche Wettbewerbsbedingungen die Umwelt-, Sozial- und Beschäftigungsstandards im

35. weist darauf hin, dass ein anhaltendes gemeinsames Engagement für das Ziel von Nullkontingenten und Nullzollsätzen weiterhin eine wesentliche Bedingung für den rechtzeitigen Abschluss eines Abkommens innerhalb des extrem engen Zeitrahmens ist, den das Vereinigte Königreich selbst für diese Verhandlungen vorgegeben hat, insbesondere, da frühere Erfahrungen eindeutig belegen, dass Verhandlungen, in denen jede Tariflinie einzeln diskutiert wird, mehrere Jahre dauern können; ist besorgt über die Absicht der Regierung des Vereinigten Königreichs, von diesem Ziel abzurücken; hebt hervor, dass landwirtschaftliche Erzeugnisse **und die geografischen Angaben (g.A.), die für landwirtschaftliche Erzeugnisse, Lebensmittel und Getränke mit Ursprung in der EU gelten**, wahrscheinlich am stärksten betroffen wären, da die verbleibenden Tarifpositionen ohne Nullzölle in Freihandelsabkommen in der Regel diesen Sektor betreffen; bekräftigt in diesem Zusammenhang, dass die EU von ihrer Forderung nach soliden gleichen Wettbewerbsbedingungen nicht ablassen wird, unabhängig davon, ob alle oder nur einige Zolltarifpositionen gestrichen

Laufe der Zeit auf einem gleichwertigem hohen Niveau gehalten müssen, wobei sie sich an angemessenen und einschlägigen europäischen und internationalen Standards orientieren müssen und angemessene Mechanismen umfassen müssen, um eine wirksame nationale Umsetzung sicherzustellen, sowie einen robusten, umfassenden Rahmen für die Kontrolle des Wettbewerbs und der staatlichen Beihilfen umfassen müssen, damit unrechtmäßige Verzerrungen des Handels und des Wettbewerbs verhindert werden, statt nur auf Subventionen zu verweisen, wie es das Vereinigte Königreich bedauerlicherweise tut;

werden; bekräftigt, dass durch die Vorschriften über gleiche Wettbewerbsbedingungen die Umwelt-, Sozial- und Beschäftigungsstandards im Laufe der Zeit auf einem gleichwertigem hohen Niveau gehalten müssen, wobei sie sich an angemessenen und einschlägigen europäischen und internationalen Standards orientieren müssen und angemessene Mechanismen umfassen müssen, um eine wirksame nationale Umsetzung sicherzustellen, sowie einen robusten, umfassenden Rahmen für die Kontrolle des Wettbewerbs und der staatlichen Beihilfen umfassen müssen, damit unrechtmäßige Verzerrungen des Handels und des Wettbewerbs verhindert werden, statt nur auf Subventionen zu verweisen, wie es das Vereinigte Königreich bedauerlicherweise tut;

Or. en